

Von Reformen und dem Reden darüber

Der wirtschaftliche Erfolg von Staaten hängt in hohem Masse von ihrer Entscheidungs- und Reformfähigkeit ab. Es gibt wohl kaum einen europäischen Staat, der sich nicht gelegentlich der Kritik mangelnder Reformfähigkeit ausgesetzt sieht oder mit dem Vorwurf von Reformstau konfrontiert ist. Auch in Liechtenstein gibt es verschiedene Themenbereiche, in denen öffentlich wiederholt Reformbedarf angemahnt wird. Beispiele hierfür sind die Trennung von Kirche und Staat, die Aufgabenverflechtung zwischen Land und Gemeinden oder – ganz spezifisch – das Landesverwaltungsplegesgesetz.

Reformen politischer Institutionen

Stockende Reformprozesse lassen sich aber nicht nur bei konkreten Politikfeldern beobachten, sondern auch mit Blick auf die politischen Institutionen. Ein Beispiel hierfür sind die seit vielen Jahren geführten Diskussionen über eine Landtagsreform. Ebenso wurde im Zusammenhang mit den anstehenden Gemeindegewahlen jüngst die Frage aufgeworfen, ob die Gemeinderäte verkleinert werden sollen. Anlass hierfür war, dass sich in Planken nur so viele Kandidierende zur Wahl stellen, wie der Gemeinderat Sitze zählt – es also zumindest auf der

Ebene der Kandidierenden keine echte Auswahl gibt.

Dass auch etablierte politische Institutionen immer wieder mit Forderungen nach Reformen konfrontiert sind, ist nur logisch angesichts der sich laufend verändernden Rahmenbedingungen. Beispiele hierfür sind Veränderungen demografischer Strukturen, die Internationalisierung politischer Prozesse und Probleme oder der Wandel von gesellschaftlichen Gerechtigkeits- und Gleichheitsvorstellungen. Als eine weitere Herausforderung wird in der Literatur ferner oft eine steigende Erwartung der Gesellschaft an die Entscheidungseffizienz und damit Leistungsfähigkeit politischer Institutionen genannt.

Landtag und Gemeinderat

Doch wie steht es nun konkret um den Reformbedarf von Landtag und Gemeinderäten? Mit Blick auf die Gemeinderäte lässt sich dies nur schwer sagen. Die Gründe für die Rekrutierungsprobleme sind vielfältig. Die fachlichen Anforderungen und die zeitliche Belastung, die mit einem Amt in der Gemeindeexekutive einhergehen, sind hoch. Hinzu kommt eine öffentliche Exponiertheit, die nicht allen zusagt, vor allem dort, wo sich das

politische Klima stark polarisiert hat. Inwieweit in der Literatur diskutierte Reformansätze wie z. B. die Erhöhung der finanziellen Entschädigung, flexible Sitzungstermine, effizientes Dokumentenmanagement oder die Verbesserung der fachlichen Unterstützung des Gemeinderats durch die Gemeindeverwaltung für Liechtenstein tatsächlich eine Verbesserung bringen könnten, ist im Einzelfall zu klären.

Natürlich kann bei einzelnen Gemeinderäten auch eine Verkleinerung sinnvoll sein. Allerdings ist dies sicherlich kein Allheilmittel. Ein Gemeinderat hat wichtige Aufgaben zu erfüllen und hat angesichts des Fehlens eines Gemeindeparlaments auch eine gewisse Repräsentationsfunktion – sprich, er sollte die verschiedenen Interessen und Werte der Bevölkerung abbilden und die Bevölkerung in den politischen Prozess einbinden. Sinkt die Zahl der Gemeinderatsmitglieder zu stark, kann ein Gemeinderat diese Funktionen nicht mehr erfüllen und ist dann wirklich nur mehr als reines Exekutivorgan zu sehen.

Nicht kleinreden

So oder so sollten bei der Debatte über die Reform politischer Institu-

tionen nicht nur deren Funktionsprobleme im Fokus stehen, sondern auch deren demokratiepolitischer Stellenwert. Hier lässt sich die Brücke schlagen zur Debatte über eine Landtagsreform. Die Liste der im Hinblick auf eine Reform diskutierten Themen ist lang und reicht von den Kompetenzen des Landtages und seinen Rechten gegenüber der Regierung über Verfahrensfragen wie der Einführung einer Redezeitbeschränkung hin zu den Ressourcen und der parlamentarischen Organisationsstruktur. Was jedoch selten öffentlich ausgesprochen wird: Die Anzahl der Landtagsabgeordneten sollte dringend erhöht werden! Eine Debatte hierzu wäre im Übrigen gleichermaßen Weg und Ziel. Denn sie würde die staatspolitische Bedeutung des Landtages in den Fokus stellen und könnte so in der Öffentlichkeit mehr Interesse für die wichtige politische Arbeit wecken.



Christian Frommelt
Direktor und Forschungsleiter Politik am Liechtenstein-Institut